

„Demokratie 2.18“

Die Gründe für den Entwurf einer neuen Bundesverfassung der Republik Österreich

Wenn auf einmal das Vorhaben im Raum steht, eine neue Verfassung für unser Land auszuarbeiten und „so wirklich echt“ zur Abstimmung zu bringen, sind die Reaktionen höchst unterschiedlich. Das reicht von „*Na endlich!*“ über mildes Lächeln ob der Chancenlosigkeit, verwundert Schauen über Verunsicherung bis hin zu vehementem Widerstand und dem stillen (oder weniger stillen) Vorwurf der Blasphemie, wenn man eine so altgediente Rechtsbasis des österreichischen Verfassungs-Papstes Professor Hans Kelsen in Frage stellt oder gar ändern möchte.

Das mag mit der grundsätzlichen Angst vor Veränderung an sich zusammenhängen, mit negativen Beispielen aus der Geschichte, mit daher Misstrauen was da an Absicht dahintersteckt, bis hin zu persönlichen Vorteilen aus dem Status Quo oder der Interessenswahrung für Gruppierungen oder Parteien, die heute aus unserem politischen System relevante Vorteile schöpfen.

Aber vor allem ist da die (durchaus berechtigte) Frage nach dem **WARUM!**

Warum schlägt der Autor / die Demokratische Alternative eine neue Verfassung vor?

Die [Demokratie](#) – übersetzt „*Herrschaft des Staatsvolkes*“ - basiert darauf, dass in einer [Republik](#) – übersetzt „*öffentlichen Sache*“ - **Probleme durch die politischen Verantwortungsträger erkannt und aufgegriffen werden, um sie auch zu lösen** - für diejenigen, die einem Mandatar ihr Vertrauen geschenkt haben. **Aber ist das so?**

Haben wir heute eine „Herrschaft des Staatsvolkes“?

Werden als „öffentliche Sache“ die Probleme des Volkes erkannt, aufgegriffen und gelöst?

Es kommt – nicht nur national, sondern Europa-weit, ja sogar weltweit - immer häufiger vor, dass jene Parteien, die eine Mehrheit und daher auch Regierungsverantwortung innehaben **bei der nächstfolgenden Wahl bedeutende Verluste** hinnehmen müssen – ein ernstzunehmendes Zeichen, dass viele politische Verantwortliche die im Rahmen der demokratischen Mechanismen **übertragenen Aufgaben nicht zur Zufriedenheit der Wähler erfüllen**.

Viele Menschen haben längst erkannt, dass man zwar keine Politik für alle machen kann, aber **Politik für viel mehr Menschen als dies jetzt der Fall ist**.

Durch unsere heute gelebte Form der repräsentativen Demokratie sind nämlich die **Wähler von der direkten Einflussnahme auf politische Entscheidung, die Gesetzgebung etc. abgeschnitten**. Dies gilt insbesondere für Österreich, aber z.B. auch die Entscheidungsfindung in der Europäischen Union (EU). Und auf Basis der Vereinten Nationen sind direktdemokratische Entscheidungen durch die Bürger überhaupt nicht vorgesehen.

Die Menschen können in den maßgeblichen „Demokratien“ zwar ab und zu über das **WER** in der Politik entscheiden (also welche Politiker und Parteien die nächsten maßgeblichen Nutznießer aus der Wahl und den folgenden Entscheidungen sind), aber nur in extremen Ausnahmefällen direkt über das **WAS!** In der österreichischen 2. Republik gab es z.B. bis 2018 nur zwei [Volksabstimmungen](#) und eine [Volksbefragung](#). Das „WAS“ bestimmen andere (Lobbys, Konzerne, Großsponsoren etc.). Ob sich etwa die Regelungen und Vereinbarungen mit der Europäischen Union oder andere Abkommen und Staatsverträge tatsächlich alle vollinhaltlich im Rahmen der österreichischen Bundesverfassung und deren Grundgedanken bewegen, ist zweifelhaft.

Die angewendete Form des „[freien Mandats](#)“ zeichnet die Gewählten von jedweder Einhaltung ihrer ursprünglich abgegebenen Wahlversprechen frei. Unmittelbar vor einer Wahl werden daher meistens ungeniert oft gar nicht realisierbare oder auf Dauer unhaltbare politische Entscheidungen zu Gunsten der breiten Bevölkerung in Aussicht gestellt und dann nach der Wahl nicht realisiert - oder nur kurzfristig umgesetzt und dann wieder zurückgenommen. Nach der Wahl erfolgen womöglich sogar massive Benachteiligungen der Wählerschaft.

Es werden also unter dem Vorwand des „freien Mandats, der [repräsentativen Demokratie](#) und der [Immunität](#) des Abgeordneten“ vor einer demokratischen Wahl **gegebene Versprechen** nach dem Urnengang durch die Gewählten in den allermeisten Fällen gebrochen und dem eigenen Wohlergehen und Machterhalt der Berufspolitiker, Mandatäre und Amtsträger geopfert – was im Grund genommen einer Erschleichung öffentlicher Gelder unter Vorspiegelung falscher Tatsachen gleichkommt.

Daher könnten Wähler bestenfalls Entscheidungen über persönlich bekannte „Mandatäre des Vertrauens“ treffen – was in einem weitläufigen Staatsgebiet allein schon schwierig genug ist. Und die Frage aufwirft, ob die Bekanntheit dann die Wähler eher motiviert oder abhält, die kennengelernten Kandidaten zu wählen ...!

Aufgrund des vielfach anzutreffenden Usus, dass gar nicht alle per [Vorzugsstimmen](#) gewählten Personen dann die Ämter besetzen, sondern unter Umständen **ganz andere Personen**, wird aber auch dieses auf persönlichem Vertrauen basierende Prinzip unterlaufen.

Ursprünglich war die Eigenverantwortung des Einzelmandatärs gefordert, der entweder eine Region oder eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, eine Berufsstand oder ähnliches im Parlament zu vertreten hatte. Im heutigen System werden politische Mandatäre jedoch – sanktionslos (!!) und an sich völlig dem „freien Mandat“ widersprechend - über **erzwungenes Abstimmverhalten ([Clubzwang](#))** gleichgeschaltet. Das heißt, dass ein Mandatär zur Aufrechterhaltung der politischen Machtverhältnisse oft gegen die Interessen jener, die ihn gewählt / entsendet haben die jeweilige Partei- linie zu vertreten hat.

Im Grund genommen wäre es ausreichend, nur einen Mandatär je Partei abstimmen zu lassen und mit dem entsprechenden Stimmengewicht zu versehen. Das steigert das **Unverständnis für den unnötig hohen „Kostenfaktor Politik“** in der Öffentlichkeit.

Der ausgeübte Clubzwang orientiert sich über weite Strecken nicht am Wählerwillen, sondern am **Willen von großen Geldgebern und einflussreichen, finanzstarken**

Lobbys. Politik wird heutzutage – für die Bürger spürbar stark - zum Wohl der Politiker selbst betrieben.

Nur knapp vor Wahlen wird eine Zeitlang „so getan, als ob“ um möglichst breit wiedergewählt zu werden. Aber auch diese Entscheidungen sind nur von kurzer Dauer oder erweisen sich dann erst wieder als leere Versprechen.

Außerdem wurden (und werden noch weiter?) **Legislaturperioden** per Gesetz verlängert, um dazwischen einen längeren Freiraum für Entscheidung im Sinn der Geldgeber und Parteien zu haben.

Zunehmend wird die **Besetzung von Ämtern ohne direkte Entscheidung durch die Wähler** vorgenommen.

Der Wähler hat de facto schon aus diesen Umständen so gut wie **keine Kontrolle über „das erteilte Mandat“**.

Zumeist (und zuletzt immer häufiger) sind Mehrheiten für eine Regierungsbildung nur durch **Koalitionen** zu bilden. Vor allem die Einigung und der Kompromiss dafür werden als Argument missbraucht, dass Wahlversprechen sehr weitreichend nicht eingehalten werden. Meistens dann von sämtlichen Partnern in der Koalition.

In früheren Zeiten vertraten die einzelnen Parteien die **Interessen bestimmter Bevölkerungsguppen**. Doch heute schwimmt diese Zuordnung und Aufteilung insbesondere für die Wähler immer stärker weil die meisten Parteien in ihren Programmen versuchen, durch **Übernahme vieler wohlklingender und sehr vage formulierter Positionen der Mitbewerber** auch für deren Stammwählerschicht attraktiv zu werden.

Parteien, die gerade nicht in einer regierungsfähigen Mehrheit vertreten sind strapazieren in der **Opposition** zwar ausgiebig die jeweilige Ideologie und sind strikt gegen das Allermeiste, was seitens der Regierungsmehrheit entschieden wird. Was sich aber dann schnell ändert, wenn diese Partei wieder in einer Regierungsmehrheit mitvertreten ist. Dann ist ein weitgehendes Gleichverhalten feststellbar, da auch diese Partei per Clubzwang dem „Lockruf des großen Geldes“ folgt.

Daraus ergibt sich für den Wähler eine **immer stärkere Austauschbarkeit der politischen Kräfte**, was allein schon zu einer **Abstumpfung** und zunehmenden **Gleichgültigkeit** führt. Das führt die repräsentative Demokratie ad absurdum.

Die Wähler haben bei der Wahl in Wahrheit gar keine Wahl mehr – und sind deshalb berechtigt **Politikverdrossen**.

In Vorgriff auf allfällige zukünftige Regierungskoalitionen besteht oft sogar zwischen Oppositions- und Regierungsparteien in vielen Punkten eine **stille Übereinkunft** zu Lasten der Bürger. Die parlamentarische Kontrolle funktioniert nicht mehr oder bloß lückenhaft. Die Bürger sind daher auch **Demokratieverdrossen**. Die **Transparenz politischer Prozesse und Entscheidungen** nimmt drastisch ab.

In jedem dem direkten Einfluss durch Betroffene entzogenen Lenkungssystem bekommen politische Entscheidungen aber eine **Dynamik nach eigener Gesetzmäßigkeit**: Es besteht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass politische Entscheidungen große Potentiale für Fehlentscheidungen, Verschwendung durch Überregulierungen, unnötige Bürokratie und mangelnde Koordination oder gar für Korruption

beinhalten. Für die Bevorzugung mächtiger Lobbys zu Lasten der Bürgerinteressen aufgrund dessen sowieso! Dass sogar Mandatare oder sonstige Personen in politischer Funktion, die zu rechtskräftigen Strafen verurteilt sind ihr Mandat oder Amt weiter ausüben dürfen – obwohl ihre bedingte Verurteilung sogar auf einer Staffat beruhen könnte, die mit ihrer Tätigkeit im Zusammenhang steht, ist mehr als fragwürdig.

In früheren Zeiten war die Immunität der Abgeordneten dafür gedacht, die Vertreter des Volkes vor der Willkür absolutistischer Landesherren und ihrer Gerichtsbarkeit zu schützen. Obwohl die allmächtigen Herrscher in den meisten Ländern der Welt längst der Vergangenheit angehören, blieb die Immunität für Politiker bestehen. **Wer aber schützt heute das Volk vor den immunen Politikern?**

Bei vielen hat das sogenannte „[Ibiza-Video](#)“ bezüglich des dadurch entlarvten Denkens und beabsichtigten Handelns in der Politik einen Schock ausgelöst. Und es hat das Vertrauen der Bürger in die Politik – schon von niedrigem Level ausgehend – weiter erschüttert.

Beachten Sie aber bitte, dass unser Verfassungsvorschlag – auch diese Begründung hier – lange VOR dem Bekanntwerden dieser Vorgänge entstanden ist. Sie überraschen uns nicht. Im Gegenteil! Wir befürchten: Das war noch nicht einmal die Spitze der Spitze des Eisbergs. Und das bedeutet dringenden Handlungsbedarf!

Ursprünglich verkörperten die Abgesandten **das „Best of“ ihrer Wählerschaft** – entweder aufgrund ihrer Fachkompetenz und Ausbildung oder aufgrund ihrer besonderen Persönlichkeit. Im heutigen Parteien-Parlamentarismus sind in den meisten Fällen **„Berufspolitiker“** anzutreffen – das heißt Menschen, die als Berufskarriere „Funktionär einer politischen Partei“ gewählt haben und sich innerhalb der Partei nach oben gearbeitet haben. Und aufgrund der Nachbesetzung der politischen Spitze aus dem eigenen, sich wohlverhaltenden Kader ist auch **keine Veränderung zu erwarten**, denn nur solche Personen erlangen maßgebliche Funktionen, die sich vorher **durch entsprechendes Wohlverhalten in der Hierarchie hochgearbeitet** haben. So erhalten nicht die Besten das Sagen, sondern die Linientreuesten. Die, die vorher unter Umständen recht problematische Vorgehensweisen der Spitzenfunktionäre bedingungslos getragen haben und später ident verhalten, wenn sie selbst dann an der Spitze stehen. Partei-interne Kritiker sind hingegen nicht erwünscht. Die Menschen sind daher insbesondere **Politikerverdrossen**.

Leider ändert sich das auch durch **neu antretende politische Parteien** meistens nicht: Es treten zahlreiche neue politische Kräfte auf den Plan, die sich in vielen Fällen bloß die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der entstandenen (gesellschafts) politischen Situation zunutze machen möchten, um selbst politischen Einfluss zu erlangen. Die sind in den meisten Fällen entweder wieder durch jene Berufspolitiker besetzt, die vorher schon bei anderen Parteien für Unmut gesorgt haben oder aber werden durch potente Geldgeber unterstützt, die nicht wirklich das Interesse der breiten Bevölkerungsmehrheit im Auge haben, sondern bloß ihre eigenen Interessen verfolgen (lassen). Oder man läuft Populisten aller Art in die Arme, die mittels Frust- und Dagegen-sein-Pooling bloß in der steigenden Zahl an Nicht(-mehr)-Wählern fischen.

Auch das löst leider keines der bestehenden Probleme, sondern tauscht nur die Beteiligten an den politischen Machtstrukturen aus. Denn kaum einer, der einmal an der Macht ist, zeigt natürlich Interesse, an diesem für Politiker sehr komfortablen

System etwas zu verändern. Die Wähler sind daher völlig zu Recht **Parteienverdrossen**.

Neue Gruppierungen – egal, was sie WIRKLICH tun und wollen – leiden heute automatisch immer mehr unter dem (ja in Wahrheit nicht unberechtigten) **Misstrauen** der Menschen gegenüber Parteien allgemein, das mit jeder neuen **Enttäuschung** größer und größer wird. Unter **Geldmangel** sowieso, wenn sie sich nicht dieselben Wege gehen und sich in **Abhängigkeit** begeben wollen, wie die vorher erwähnten Parteien. Aber **gleiches Verhalten erzeugt mehr vom Selben!**

Die meist kleinen Gruppierungen leiden obendrein unter den Prügeln vor den Füßen durch die bereits etablierten Parteien, die ihre bereits erreichte Position durch Geltendmachung ihres Einflusses abzusichern versuchen: **Schikanen** bei der Bewerbung (Unterstützungserklärungen unter fast nicht machbaren Gegebenheiten sammeln etc.), Totschweigen oder Verunglimpfung in den meist unter Kontrolle der Parteien stehenden Medien, Verhinderung politischer Aktivitäten durch administrative/finanzielle Schikanen im [Parteiengesetz](#) mit überbordenden Auflagen für Kleinparteien, et cetera.

Vor allem aber sind hier **prozentuelle Einzugshürden** zu nennen, da angeblich sonst „die Regierbarkeit in Frage steht“ (die an sich mit der [Legislative](#) nichts zu tun hat – siehe später). Für die Vertretung im österreichischen Nationalrat gilt z.B. seit 1992 eine [Vier-Prozent-Hürde](#), obwohl an sich rechnerisch für ein Mandat von den insgesamt 183 bei linearer Berechnung rund 0,55 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen reichen würden. Eine willkürlich beschlossene Regelung der bereits im Parlament vertretenen Parteien, um die Konkurrenz durch andere politische Gruppierungen möglichst fernzuhalten.

Prominente wie Kabarettisten, Schauspieler, Wissenschaftler etc. und NGO's versuchen zwar schon lange, auf den dringenden Veränderungsbedarf hinzuweisen. Aber man braucht die Menschen ja gar nicht mehr aufzurütteln, sondern muss ihnen endlich wählbare, vertrauenswürdige Alternativen bieten. Diese leiden wiederum an der mangelnden Bekanntheit und Unterstützung durch diese Prominenten – bekommen sie aber nicht. Weil die Prominenten sich selber nicht obligieren wollen, ihr ureigenstes Geschäft eben aus dem Status Quo schöpfen, selbst von dem Wohlwollen der heute Amtierenden abhängig sind, und so weiter.

Die neuen, kleinen Gruppierungen leiden insbesondere auch am breit gestreuten Argument „Eine Stimme für die ist sowieso verloren, weil sie den Einzug dann nicht schaffen“, was dadurch zur **sich selbst erfüllenden Prophezeiung** wird.

Außerdem sind funktionierende, haltbare [Allianzen](#) unter den kleinen, neuen Gruppierungen (um die Einzugshürden gemeinsam zu überwinden) äußerst schwer zustande zu bringen. Die kleinen Parteien kämpfen bei ohnehin kleinem gemeinsamem Potential und wenig Chancen auch noch gegeneinander statt gemeinsam.

Was bleibt dem Wähler also übrig? Sich unter den „Größeren“ halt das **kleinste Übel** suchen und weiter durch das praktisch gleichgeschaltete Verhalten dieser Parteien enttäuscht werden, bis er dann endlich frustriert in der breiten Nicht- oder Weißwählerschaft untertaucht und damit endgültig politisch wirkungslos wird.

Damit haben die etablierten Parteien ihr Ziel erreicht und **jede mögliche Konkurrenz um Macht und öffentliche Gelder ausgeschaltet**.

Selbst vor der **Manipulation von Wahl- und Abstimmungsergebnissen** wird nicht Halt gemacht, um bestehende Machtverhältnisse zu erhalten und somit auch vorausbestimmten Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen – sofern überhaupt noch ernstzunehmende demokratische Staatsprinzipien zur Anwendung kommen.

In Wahrheit befinden wir uns nicht in einer Demokratie, sondern de facto in einer Art Mehrparteien-Diktatur.

Dies vor allem deshalb, da die im Zeitalter der [Aufklärung](#) propagierte [Gewaltenteilung](#) in der Demokratie (Gesetzgebung, Verwaltung, Justiz) heute so nicht mehr existiert: Das Parlament kontrolliert nicht die (Spitze der) Verwaltung, sondern die Parlamentsmehrheit ist de facto ident mit ihr. Eine Folge davon war z.B., dass es nach der Ibiza-Affäre sage und schreibe vier (!!) Regierungen in nur zwei Wochen gegeben hat.

Ombudsstellen und Interessensvertretungen sind ebenfalls durch die Parteien dominiert.

Höchstrichter werden von den politischen Parteien nominiert. Die Staatsanwaltschaft ist politisch weisungsgebunden. Verfahren werden vielfach verschleppt oder ganz niedergeschlagen. Die [Gleichheit vor dem Gesetz und Gericht](#) steht daher ebenfalls massiv in Frage. Die Menschen sind – als beteiligte Parteien in ihren Anliegen – **Rechtsstaats-verdrossen**.

Die Legislative auf verschiedenen Ebenen (Internationales Recht, EU-Recht, Bundes-, Landes- und Gemeinderecht) ist – wenn überhaupt - nur mehr für Spezialisten zu durchschauen, die auch entsprechende Kostensätze verlangen.

Die Gleichheit vor Gesetz und Rechtsprechung ist nicht mehr gewährleistet. Vielmehr können entsprechend finanzkräftige und dadurch einflussreiche Personen oder Unternehmen sowohl maßgeblichen Einfluss auf die Gesetzesgestaltung nehmen (siehe z.B. die Ursachen für die Verurteilung von [Ernst Strasser](#)) als auch einen günstigen Ausgang von Rechtsverfahren herbeiführen, einer Bestrafung entgehen oder eine solche maßgeblich abmildern (siehe die Verfahren gegen [Alfons Mendorf-Pouilly](#), [Peter Westenthaler](#), [Peter Hartz](#), [Josef Ackermann](#) etc.).

Die Tendenzen, sowohl die Gesetzgebung als auch die Rechtsprechung aus dem öffentlichen Bereich zu eliminieren, sind unverkennbar (siehe z.B. den [TTIP-Diskussionsprozess](#)).

Gesetze selbst sind unnötig komplex, für den Laien kaum verständlich und daher in vielerlei Hinsicht ohne fachmännischer (und zumeist kostenpflichtiger) Unterstützung kaum richtig/vollständig anwendbar (in jeder Gesetzgebungsperiode werden in Österreich von den gesetzgebenden Körperschaften [auf rund 60.000 Seiten](#) neue Gesetzestexte produziert – von den ebenfalls zu berücksichtigenden oberstgerichtlichen Entscheidungen, die darauf aufbauen ganz zu schweigen). Selbst für die Fachleute stellt dieser Umstand eine Herausforderung dar. Vielfach wird - mit einiger Berechtigung - der Vorwurf der gesetzlichen Überregulierung laut.

Auch die Bundesverfassung selbst weist als Gesetz wesentliche Schwächen auf – nicht nur strukturell und durch die Unübersichtlichkeit aufgrund von zahlreicher hinzugefügter Verfassungsgesetze. So sind z.B. zahlreiche Regelungen enthalten, die in einer Bundesverfassung entbehrlich erscheinen – wie z.B. detaillierte einzelne Kom-

petenzregelungen zwischen dem Bund und den Ländern. Umgekehrt fehlen wiederum zahlreiche Bestimmungen, die für das demokratische Grundgefüge des Staates unentbehrlich erscheinen – wie z.B. eine einheitliche und faire Wahlordnung und die Regelungen zur Finanzierung der politischen Parteien.

Außerdem ist der Gesetzgebungsprozess selbst fehlerhaft und werden widersprüchliche bzw. dann laut übergeordneter Regulierung unhaltbare Ausarbeitungen verabschiedet, die dann wieder aufgehoben und korrigiert werden müssen (siehe z.B. die [Aufhebung des Hypo-Sanierungsgesetzes](#)).

Ebenso stellt die Judizierbarkeit der Gesetze ein immer stärkeres Problem dar – was auch dazu führt, dass es zu zueinander widersprüchlichen oberstgerichtlichen Entscheidungen kommt. Auch das bietet einen wesentlichen Unsicherheitsfaktor für Rechtsuchende.

Das alles verschlingt außerdem unnötig große Beträge maßgeblicher Größe im Haushalt der Öffentlichen Hand.

Über zahlreiche Querverbindungen übt die Politik heute maßgeblichen Einfluss auf die Justiz aus ([weisungsgebundene Staatsanwälte](#), politische Unterwanderung der Richterschaft – vor allem in den [Höchstgerichten](#), politische Vergangenheit der [Volksanwälte](#) und politische Querverbindungen in anderen Ombudseinrichtungen etc.).

Eine demokratische Gewaltenteilung mit unabhängiger Judikative ist längst nicht mehr gegeben.

Aufdecker von Gesetzesbrüchen ([Whistleblowing](#) etc.) müssen sich heutzutage in zahlreichen Fällen mehr vor Konsequenzen fürchten, als die Gesetzesbrecher selbst.

Selbst wenn sich Menschen im Recht befinden, können diese sich Rechts- und Gerichtsverfahren oft nur dann leisten, wenn sie entsprechend begütert sind und zumindest eine ausreichende [Rechtsschutzversicherung](#) bezahlen können (deren Verhalten im Verfahren dann aber eine oft weitere unberechenbare Komponente darstellt).

Es gibt zwar verschiedenste [Ombudsstellen](#) und Einrichtungen für spezielle Themenbereiche (z.B. im Wettbewerbsrecht etc.), doch erweist sich dieses Zuständigkeits-Gewirr für die Recht-Suchenden dennoch oft mehr als ein Spießrutenlauf denn als Hilfestellung.

Auch im Strafvollzug gibt es – teils kontroversielle – Problemstellungen: Wird einerseits vor allem für prominente und begüterte Personen der Strafvollzug seitens der Allgemeinheit als so milde und pfleglich empfunden (bis hin zum möglichen Veranstaltungsbuch mit Fußfessel), dass dieser keine Bestrafung und daher Abschreckung mehr darstellt, sind laut vielfachen Medienberichten umgekehrt für manche Anvertraute im Strafvollzug anscheinend die grundlegendsten Rechte und Bedürfnisse nicht gewährleistet (körperliche Sicherheit, Sexualität, Interessenswahrung etc.). Siehe z.B. die immer wiederkehrenden Medienberichte zu Gewalt und sexuellem Missbrauch in Strafanstalten und die dazu eingeleiteten Verfahren.

Die gegenwärtige Situation in der Politik und Verwaltung hat aber auch maßgebliche Einflüsse auf die übrigen Komponenten unseres Gesellschaftssystems: Die **Wirtschaft und Finanzsysteme, die Sozialsysteme und die Ökologie**. Diese alle hier auszuführen würde viel zu weit gehen und zu umfangreich sein.

Dadurch dass das politische Geschehen weitgehend außerhalb öffentlicher Kontrolle steht, die Anliegen der „kleinen Leute“ mehr und mehr auf der Strecke bleiben, die Instanzen und öffentliche Einrichtungen zu deren Hilfe versagen sind die Bürger – völlig logisch und begründbar - auch **Staatsverdrossen**.

Die Verdrossenheit richtet sich aber nicht gegen die Demokratie, die Staatsgewalten und den Rechtsstaat an sich, sondern gegen die konkrete Art, wie diese über die Menschen ausgeübt werden. Die Hoffnung auf Veränderung durch Abspaltung macht die Menschen auch empfänglich für **Separatismus** - oft durch Politiker angestachelt, die durch die Abspaltung mehr persönlichen Einfluss und eigene Vorteile daraus zu gewinnen suchen. Was dazu führt, dass die Menschen nach der Veränderung erkennen, dass sie das ursächliche Problem dabei „mitgenommen“ haben.

Die **Nicht- und Weiß-Wähler** stellen in vielen Ländern bei zahlreichen Volkstentscheiden schon fast die Mehrheit. Auch die Beteiligung bei den Wahlen zum EU-Parlament war bislang relativ gering. Dies bedeutet, dass eine sehr große Zahl an Wahlberechtigten **mit unserer derzeitigen Ausgestaltung und Anwendung der politischen Mechanismen nicht einverstanden** ist. Gerade die für die Zukunft entscheidende Gruppe der Jugendlichen ist hier sehr stark vertreten.

Das Aggressionspotential steigt in enormem Ausmaß.

Außerdem halten sich Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihrer persönlichen Einstellung durchaus geeignet wären, zu positiven Veränderungen beizutragen, immer stärker **von der aktiven Gestaltung in der Politik fern**. Wenn jedoch niemand da ist, der die Politik aktiv verändert, dann wird sie so bleiben, wie sie ist und stark am Eigennutz orientierten Berufspolitikern überlassen sein.

Insgesamt ein dramatisch schlechter Befund für die politische Situation!

Es ist eine Politik für einige wenige Sieger. Und bei genauerem Hinsehen gibt es - bei unveränderter Fortführung des heutigen Systems - im Endeffekt nicht einmal einen einzigen solchen!

Über Reformen wird zwar bei allen möglichen Gelegenheiten lautstark geredet – oder auch verhandelt, aber diese Reformen finden dann in der Praxis nicht statt.

Es müssen aber **dringend Veränderungen** erfolgen – und das aus einer lokalen wie auch globalen Betrachtung heraus. Auch in der Politik, ja ganz besonders in der Politik!

Revolution und Gewalt sind dabei nicht die Lösung. Die Geschichte hat bewiesen, dass Revolutionen nur die Personen der Herrschenden austauschen, aber nicht automatisch die grundlegenden Probleme lösen, die zur Revolte geführt haben. Kluge, weise und vorausschauende Menschen mit Gespür für das Richtige an entscheidender Stelle haben unsere Gesellschaft weitergebracht und sinnhaften Fortschritt ermöglicht, nicht die Kämpfer auf den Barrikaden – so edel, mutig und uneigennützig ihr Handeln anerkennenswerter Weise auch gewesen sein mag.

Außerdem ist unsere Infrastruktur längst viel zu sensibel geworden, um so eine Revolution oder einen Bürgerkrieg, wie er zuvor beschrieben wurde, als taugliches Mittel in Erwägung zu ziehen. Amokläufe und Selbstmordattaken schon von Einzelpersonen können ganze Landstriche verwüsten oder sogar unsere Spezies (ebenso wie die anderen) gänzlich auslöschen.

Wir brauchen Reformen – nicht Revolution !!

Man trifft daher heutzutage auf immer mehr Menschen, die **Veränderungen in der gelebten Demokratie** befürworten. Denn spätestens im 20. Jahrhundert wurde verabsäumt, die demokratischen Instrumente und Funktionsmechanismen an die aktuellen Gegebenheiten und Herausforderungen anzupassen.

Je länger die längst anstehenden Veränderungen in der Politik und Verwaltung aber hinausgeschoben werden, desto schlimmer sind die Folgen, und desto schwieriger wird die noch rechtzeitige Lösung der Probleme. **Uns allen läuft ganz einfach die Zeit davon** – nicht nur für die dringend anstehende Lösung der ökologischen Probleme und Begradigung der sozialen Schieflage, sondern auch für die unausweichlichen Veränderungen im Wirtschafts- und Finanzbereich!

Probleme gehören gelöst. Existenzbedrohende Probleme gehören natürlich ganz rasch gelöst.

Die Lösung dieser Probleme verhindernde Probleme gehören jedoch zuallererst gelöst - sonst findet die Lösung der übrigen Probleme (und sei diese noch so dringend) gar nicht statt!

Über die Dinge, die alle verändert gehören und einzelne Lösungsansätze wird schon lange geredet. Viel zu lange. Und eben nur geredet!

Auch über die dringend notwendigen Reformen des Staates wird schon lange geredet. Viel zu lange. Und eben nur geredet!

Also tun wir das!

JETZT!

Kontaktinformationen des Verfassers für allfällige Anmerkungen und Hinweise:

Gerhard Kuchta
A-1140 Wien, Nikischgasse 8/13
Tel.: +43/6643134620
gerhard.kuchta@outlook.com